

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Der Oldenburgische Volksfreund**

**Oldenburg**

No. 94, 24. November 1849

**urn:nbn:de:gbv:45:1-4866**

Der

# Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Erster Jahrgang.

Er scheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlags-handlung angenommen.

## Die deutsche Frage vor unsern Ständen.

Landtagsverhandlungen Novbr. 22.

Den Vorsitz hat Vicepräsident Pancras; der Abg. Kitz ist Berichterstatter des Ausschusses wegen Begutachtung des Anschlusses an das Berliner Bündniß. Nach Vorlesung des bereits bekannten Berichts wurde vom Abg. Kitz der Ausschufantrag noch etwas näher motivirt, wobei derselbe besonders hervorhob, wie dadurch, daß man das Ministerium der Verantwortlichkeit entheben wolle, nur gesagt sein solle, daß man von einer Anklage absehen wolle, nicht aber, daß dann der Vertrag an sich anerkannt und als bestätigt anerkannt werden solle, denn die Ansicht, daß bei einer Verweigerung der Besätigung nur von einer Ministeranklage, nicht aber von einem Einfluß auf den Bestand des Vertrages selbst die Rede sein könne, solle hier nicht unterstützt werden. Der Abg. Mölling verlas sein Minderheitsberichten und wollte auch seinen Antrag noch mit einigen wenigen Worten begründen; aus den beabsichtigten wenigen wurden aber ziemlich viele, aus deren Labyrinth nur ein uns fehlender Faden der Ariadne führen konnte. Zuletzt warnte er nur gegen die Folge des Malmoer Waffenstillstandes, wie die Nationalversammlung seit ihrem Beschluß über diesen Waffenstillstand alles Gewicht verloren habe, so werde auch der Landtag sein Ansehen untergraben, wenn er den Majoritätsantrag annehme.

Beide Berichterstatter hatten sich, ungeachtet der Ausschuf solches vermeiden wollte, doch in die Sache selbst hineinbegeben, daher von v. Thünen sofort Schluß der Debatte beantragt ward, der dann auch Annahme fand.

Weil sich die Berichterstatter über die Art und Weise,

wie die Staatsregierung nun weiter zu verfahren haben werde, wenn der Aufschub der Erklärung des Landtags beliebt werde, verschieden geäußert hatten, brachte der Abg. Völckers schnell noch ein Amendement zum Ausschufantrag ein, dahin gehend:

die Staatsregierung zu ersuchen, daß sie erkläre, einstweilen keinerlei Schritte zur Realisirung des Bündnisses thun zu wollen.

Das wäre freilich unmöglich gewesen für die Staatsregierung, aber mindestens offen, während der Ausschufantrag, oder wenigstens der Berichterstatter Kitz, dem Ministerium ein Leisetreten und Hin- und Herkriechen empfehlen wollte, welches höchstens so gut, aber um nichts besser, als die treulose Politik Hannovers gewesen wäre. Der Ausschuf durfte aber eine so offene Sprache, wie der Völckers'sche Antrag enthielt, nicht zulassen, denn dadurch wäre der Bruch, der einstweilen eben noch verhindert werden sollte, wohl sofort eingetreten, und beantragte daher der Abg. Wibel in klug berechneter parlamentarischer Taktik Tagesordnung über den Völckers'schen Antrag, die auch in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen 17 Stimmen angenommen ward. Nun kam der Ausschufantrag selbst zur Abstimmung und wurde mit denselben Stimmen angenommen.

Dafür stimmten;

Barnstedt, Boedeker, Bulling, Clausen, Dannenberg, v. Finckh, Hülfemann, Kitz, Lübken, Luerßen, Morell, Müller, Pancras, Reiners, Rösener, Rüder, Strackerjan, Strodtzoff, Spassen, v. Thünen, Wibel I., Wibel II., Willers, Zurborg.

Dagegen stimmten:

Bargmann, Böckel, Bothe, Crone, Droste, Ferneding, Helmert, Janßen, Lindemann, v. Lindern, Mölling,

Nieberding I., Nieberding II., Püschelberger, Sprenger, Tappenbeck, Völkers.

Gleich nach der Abstimmung erhob sich Staatsrath Schloifer, dankte für die ehrende und lohnende Anerkennung, die dem Staatsministerium durch Annahme des zweiten Theils des Ausschufantrags zu Theil geworden, erklärte aber, wie dem Ministerium daran gelegen sei, daß der Landtag sogleich heute erfahre, wie das Ministerium über die Sache denke. Das Ministerium habe die feste und unveränderte Ueberzeugung, daß Fortschreiten auf dem eingeschlagenen Wege Nothwendigkeit sei. Die Regierung könne nicht zurückgehen, ohne wortbrüchig zu werden. Preußen und 21 andere deutsche Staaten wollten an dem Berliner Bündnisse festhalten, durch das Verfahren der Königreiche werde die Sache nicht geändert; namentlich werde das Ministerium die betretene Bahn nicht verlassen können, auch wenn die hannoversischen Stände die Politik ihres Ministeriums billigen sollten. Die Bestätigung des Landtags sei für unser Land ungeschädlich, wohl aber die Aussetzung der Frage, indem das Ministerium dadurch in seinen Bestrebungen gehemmt werde, und doch offen und entschieden handeln wolle und müsse. Das Ministerium sehe sich daher außer Stande, den Antrag des Landtags dem Großherzog zur Zustimmung zu empfehlen, und wünsche fortwährend, daß die Frage ungesäumt und mit Aussetzung aller andern Geschäfte erledigt werde.

Die Sache wurde nach Anhörung dieser Erklärung wieder an den Ausschuf gewiesen.

Der Abg. Strackerjan erstattete noch Bericht über die Angelegenheit des angeblich nach Sibirien verbannten Lehrers Baars und behielt sich weitem Bericht vor, da er noch keine Nachrichten über die Angelegenheit habe erhalten können. Ministerialrath Jedelius bemerkte in dieser Beziehung, auch die Staatsregierung habe bereits Schritte gethan, um Licht über die Sache zu erhalten.

Nächste Sitzung Sonnabend. Tagesordnung: Berathung der Ablösungsordnung. Ob sich die Staatsregierung auf diese Tagesordnung einlassen wird, da sie zunächst die deutsche Frage beseitigt haben will, ist nun zu erwarten. Consequenter Weise wird sie das nicht können, wenn sie auch die Vornahme der Berathung nicht hindern kann.

### **E v e n t u a l i t ä t e n .**

Also der Landtag will wirklich das Ministerium stürzen, wenn dasselbe auf sein Verlegenheitsgesuch um Aufschub nicht eingeht: so sagt man. Wir glauben es nicht,

aber es geschieht ja viel Seltsames, Unverständiges unter der Sonne. Die Sache ist so wichtig, daß es der Mühe verlohnt, nachzudenken, was denn wohl die weitem Folgen eines solchen Schrittes sein würden. Wir stellen eine Möglichkeit auf, und überlassen dem Leser das Urtheil, in wie weit sie eine Wahrscheinlichkeit sei.

Das Ministerium reicht seine Entlassung ein; der Großherzog nimmt sie nicht an; er ist bereit, den Landtag nochmals aufzulösen; das Ministerium lehnt es ab; Vertrauensadressen aus dem Lande, ja ein Gesuch des Landtags können nichts mehr ändern; das Ministerium bleibt nur noch für die laufenden Geschäfte einstweilen im Amte. Nun muß der Landtag vertagt werden; er hat ja nichts zu thun. Die Vertagung hat auch keine Schwierigkeit; das Jahr 1849 ist ohne genehmigtes Budget dem Ende nahe; eine Anleihe ist nicht nöthig; mit dem Budget für 1850 hat es noch Zeit. Die dringend nöthigen Gesetze bleiben freilich liegen; indeß der Landtag wollte es ja nicht anders. Aber welches andere Ministerium? — Der Großherzog ist entschieden: ein freisinnigeres, volksthümlicheres Ministerium, als mein bisheriges, will ich nicht; konnte dieses dem Landtage gegenüber sich nicht halten, so muß ich es mit einem mehr von der rechten Seite versuchen; vielleicht findet ein solches Mittel, den Landtag umzuschaffen, oder einen andern Landtag zu schaffen, mit dem man regieren kann. — Das neue Ministerium, wenn nicht reaktionär, doch der Reaktion näher, ist da, es komme woher es wolle.

Die nächste Frage ist: wer macht denn eigentlich die Opposition gegen die Regierung? wer führt die demokratische Partei? — Es sind Staatsbeamte; die paar Advokaten darunter würden für sich allein den selbstständigen Anhang nicht leiten können. Staatsbeamte, die eine systematische Opposition gegen die Regierung machen, oder nur in Lebens- und Hauptfragen ihr opponiren, die offen als Republikaner auftreten, die Anhänger der Regierung für Fürstenknechte erklären, sind indeß in einem kleinen Staate noch weniger zu dulden, als in einem großen. Das bisherige Ministerium hat sich ganz rein erhalten von allem Einfluß auf die Wahlen, hat keinen Beamten von der Opposition seine Macht fühlen lassen. Das muß anders werden. Mit den provisorisch Angestellten wird man leicht fertig. Man stellt ihnen die Alternative, die Wahl in den Landtag abzulehnen, aus demselben auszutreten, oder ihr Amt zu verlieren. Das ist nicht einmal eine unconstitutionelle Maßregel. Auch gegen den einen oder den andern definitiv Angestellten findet sich vielleicht ein Mittel, wenn ein anderes System angenommen wird. Am Ende hängt doch Beförderung, Zulage, Versekung von der Staatsregierung ab; man

braucht auch nicht Alles zu übersehen, was bis jetzt übersehen ist.

Hauptsache bleibt dann die Einwirkung auf die Wahlen, bis ein vernünftigeres Wahlgesez gilt. Die bisherigen sind ja doch nicht der Ausdruck der wahren Mehrheit in den meisten Bezirken, viel weniger noch der Mehrheit der Verständigen. Ohne die Wahlumtriebe der Demokraten wären sie anders ausgefallen. Die Gegenbemühungen der Conservativen haben schon in einigen Kreisen den Sieg davon getragen. Welche andere Mittel stehen aber der Regierung zu Gebote, ohne Beeinträchtigung der Verfassung! Verbindet sie sich mit jenen, so ist auf eine Majorität im Landtage zu rechnen. Also nochmalige Auflösung des jetzigen und Neuwahlen. Die Kosten möge man Denjenigen zurechnen, die die Regierung zu diesen Schritten zwingen.

Wollen unsere Demokraten es denn wirklich auf einen solchen Wechsel der Dinge ankommen lassen?

### Maximilian Robespierre.

Drama in 5 Acten von Griepenkerl.

„Seit zehn Monaten tauchte, wie die imposante Seeschlange im Ocean der englischen Zeitungen, in den großen und kleinen Gewässern der deutschen Blätter ab und zu die geheimnißvolle Nachricht von dem Dasein einer wunderbar großen, entzückend schönen Tragödie (der oben genannten) auf.“ Diese Vergleichung war von Herrn Dettinger unglücklich gewählt. Denn jeder Zeitungsleser erinnert sich, daß das Geheimniß der Seeschlange von einem unerschrockenen Schiffer gelöst ist; und daß sie nichts weiter ist als ein Haufen zusammengerollten Seetanges, das überall auf dem Meere herumschwimmt. Es lag nun nahe zu vermuthen, daß wohl diese Tragödie nichts anders sein dürfte, als ein Haufen zusammengerollter Phrasen der Männer der Revolution, die in jedem Buche über die französische Revolution zu finden sind. Diesen Gedanken konnte ich nicht los werden und er begleitete mich in den Casinosaal; und ich muß gestehen, wenn auch meine Furcht zum Theil sich als ungerechtfertigt bewies, so kann ich doch unmöglich in das Lob einstimmen, wornach von der ersten Aufführung dieses großartigen Trauerspiels der Anfang einer neuen Phase in der dramatischen Kunst Deutschlands datiren wird.

Es ist diese Tragödie ein Stück, das an zwei großen Fehlern leidet: Es hat Mangel an Motivirung und Ueberfluß an Effect. Von dem letzteren giebt so vieles und besonders die sogenannten Abgänge jedes Ac-

tes Zeugniß. Dieses Haschen nach Effect ist aber etwas Unbekanntes und durchaus nichts Neues. Es wird sich das Stück auf dem Theater allerdings gut machen und selbst auf überreizte Nerven wirken; allein ob es den Beifall sich erhalten und das Stück nicht, wie so viele andere Effectstücke ins Wasser gelegt wird, ist sehr die Frage. Der erste Act ist der beste von allen und läßt etwas Großes erwarten; allein das Interesse mindert sich von Act zu Act; sowie auch die Sorgfältigkeit der Ausführung und Darstellung gegen das Ende abnimmt. Die beste Figur ist die Dantons; er ist kernig, voll Kraft und Mark gezeichnet, nicht minder trefflich ist der alte Vadier dargestellt; allein die Darstellung des Haupthelden selbst giebt uns kein deutliches Bild dieses kalten, dünnen, boshafteu und schleichenden, hochmüthigen und neidischen Menschen wieder. Die Frauen sind im Ganzen schwächlich und matt; in der Lucile kann ich keinen „verkörperten Jubelhymnus aufopfernder Frauenliebe“ finden, sondern nur ein sentimentales Weib, wie sie deutsche Dichter häufig haben; nur die Theresie Cabarrus hat mehr Character. Die Wiße in den Volksscenen wollten nicht recht einschlagen; sie waren ziemlich gezwungen und vermochten nur hie und da Lachen zu erregen.

Das Ganze war überhaupt nicht in den Zauber der Poesie getaucht; sondern vielmehr in Blut. Wenn dieses nicht anders ging, weil die blutigsten Männer dieser blutigen Zeit darin auftreten, so hat der Dichter Schuld, daß er eine solche Zeit zum Gegenstand einer politischen Darstellung machte, die wegen des Maaßlosen, das in ihr herrschte, nicht mit dem Maaße sich verträgt, das die Poesie erfordert um überhaupt Poesie zu sein.

Dieses kurze Urtheil mag vielleicht im Widerspruche mit dem Urtheile stehen, welches die Kunsttrichter in unserer Stadt über diese Tragödie fällen; ich bin auch vielleicht nicht unbefangen genug, weil mich die maaßlosen Lobeserhebungen von vorne herein mißtrauisch machten; allein da ich weiß, daß ich mit meinem Urtheile nicht ganz allein stehe, so mag es in Gottes Namen in die Welt hinaus. . . . . n.

### Der Adel in Nordamerika.

(v. Raumer's Briefe aus Frankfurt und Paris II. p. 159.)

In Bezug auf die Adelsverhältnisse in Deutschland und Europa hat man auch auf Nordamerika hingewiesen. Darum fühle ich mich veranlaßt (aus eigener Anschauung) noch Einiges hinzuzufügen.

Es giebt in den Vereinigten Staaten allerdings keinen Erbadel. Aber die dem Menschen natürliche Neigung nach Auszeichnung kommt auch dort zum Vorschein.

Abgesehen von der ärgsten Aristokratie, der des Freien gegen den Sklaven und des Weißen gegen den Farbigen und Schwarzen, hört man noch oft von Aristokratie anderer Art sprechen. In Virginien wurden in einem großen Turniere die Anwesenden mit der Anrede begrüßt, sie sollten sich erinnern, daß die Väter ihrer Väter die Kreuzzüge unter Richard Löwenherz mitgemacht hätten. Gar mancher Virginier ist stolz darauf, daß er von jenen ritterlichen Cavalieren abstammt, die zu Elisabeth's Zeit ihr Glück in der neuen Welt versuchten, und er sieht mit Stolz auf die Hausirer und Kaufleute des Nordens. In New-York spricht man von einer doppelten Aristokratie: von einer, abstammend von alten angefahrenen Familien, aus holländischem Geblüte, oft ohne viel Geld, und gleichwohl noch jetzt geachtet und geschätzt; und von einer andern, der sogenannten Pilz-Aristokratie (mushroom-aristocracy), durch neuverworbenen Reichtum emporgeschossen, ohne viel Erziehung, aber in allem Glanze des europäischen Luxus lebend. Wie man wohl bei uns von einer crème der haute volée hört, hieß es bei Gelegenheit eines Balles, den die jungen Schüler der Militär-Akademie in Westpoint gaben, in den Zeitungen: es hätte sich aus New-York die Elite der Aristokratie eingefunden. In Boston hinwiederum bildet sich die Aristokratie besonders viel auf ihre Bildung ein, indem sie gleichzeitig äußerlich in allen Formen des hohen englischen Adels lebt. Eine Dame in Boston äußerte, sie hätten so gut Standesunterschiede, wie in Europa; und Dickens (auf den man damals wegen seiner amerikanischen Noten noch sehr böse war) hätte offenbar in die aristokratischen Zirkel, in die er in Folge seiner Empfehlungsbriefe zufällig gekommen, nicht gepaßt; man hätte ihm und besonders seiner Frau recht gut angemerkt, daß sie sich in England nur in niedriger Gesellschaft bewegt hätten.

Die erste aller Aristokratien in Amerika bleibt aber die des Geldes. Einer der ersten Staatsmänner und jetzigen Minister, Buchanan aus Lancaster in Pennsylvanien, sagte einmal im Congreß: „Geld, Geld und wieder Geld verleiht die höchste Auszeichnung in der Gesellschaft; die größten Talente, vom reinsten Patriotismus geleitet, sittlicher Werth, literarischer Ruhm, kurz, jede Eigenschaft, welche Auszeichnung verleihen sollte, sinkt im Vergleiche mit Reichtum in Nichts. In unsern großen Handelsorten ist Geld gleichbedeutend mit einem Adelstitel. Wir sind weit abgewichen von den mäßigen Gewohnheiten und einfachen Sitten unserer Väter, und doch sind diese die einzigen Grundsteine, auf denen unsere republikanischen Einrichtungen ruhen können. Die Begierde, eine prunkende Schaustellung des schnell erworbenen Reichtums zu geben, hat einen Glanz und einen grenzenlosen Aufwand hervorgebracht, wie er in

früheren Zeiten unbekannt war. Mit Ausnahme des reichen, mächtigen Adels in England habe ich in keinem Theile der Welt eine solche Verschwendung und solchen Luxus gesehen, als in unsern großen Handelsstädten. In einem Ausschußberichte der New-Yorker gesetzgebenden Versammlung heißt es sogar: „Von allen Aristokratien knechtet keine ein Volk vollständiger, als die des Geldes.“

### Ausschuß der Pfarngemeinde Oldenburg.

Zu Ausschußmännern werden für die Wahl am 25. November empfohlen. 1. Aus der Stadt Oldenburg: Tischlermeister Glauerdt, Steuerdirector Meyer, Rathsherr Schröder, Präsident Hayen, Registrator Köppen, Kaufmann Hegeler, Kupferschmied Meyer, Rechnungssteller Becker, Rathsherr Propping. 2. Aus dem Stadtgebiete: Obergerichts-Anwalt Dr. Großkopf, Fohgerber Goens, Zimmergesell Bartholomäus, Fourier Bohlen. 3. Aus der Landgemeinde: Hausm. Joh. Janssen zu Ipwege, Bauervogt Wilters zu Bornhorst, Hausm. Dtm. Diecks zu Dhmstede, Hausmann Gramberg zu Donnerschwee, Köter Dtmann Sündermann zu Nadorst, Hausm. Herm. Harms zu Eghorn, Schuljurat Kaiser zu Eversten, Köter Herm. Lehmkuhl zu Bloherfeld, Hausm. Gerd Bruns zu Wechloy.

### Kirchennachricht.

Vom 17. bis 23. November sind in der Oldenb. Gemeinde

1. Copulirt. 114) Johann Anton Hermann Labßen und Dorothee Sophie Antoinette Johanne Fick, Heil. Geistthor. 115) Johann Wichmann und Johanne Catharine Margarethe Friedeberg von Leseber, Bornhorst.

2. Getauft. 344) Gerhard Heinrich Wempe, Donnerschwee. 345) August Meyer, Nadorst. 346) Anna Henriette Wilkens, Eversten. 347) Carl Heinrich Friedrich Ruhlmann, Oldenburg. 348) August Ludwig Wilhelm Friedrich von Gösfeld, Oldenburg. 349) Anna Margarethe Gerhardine Janssen, Bloherfeld. 350) Dtmann Wilhelm Schütte, Eversten. 351) Heinrich Anton Gerhard Heimburg, Oldenburg. 352) Friedrich August Alexander Hüsch, Oldenburg. 353) August Bohmann, Oldenburg. 354) Therese Sophie Marie Köhn, Oldenburg.

3. Beerdigt. 261) Johann Hartwig Schnoor, Bloherfeld, 56 J. 262) Rudolph Wilhelm Mackardi, Bloherfeld, 80 J. 6 M. 263) Johann Heinrich Christoph Reins, Oldenburg, 25 J. 264) Carl August Karpe, Hospital, 24 J. 265) Wilhelm Jüdes, Hospital, 21 J. 266) Peters (todtgeboren), Eversten. 267) Gesche Margarethe Hüsch, Eversten, 55 J. 268) Johann Diedrich Mailahn, Hospital, 22 J.

### Gottesdienst in der Lambertikirche.

Sonntag, den 25. November:

Vorm. (Ans. 8½ Uhr.) Herr Pastor Gröning.  
Vorm. (Ans. 10 Uhr.) Herr Kirchenrath Clausen.  
Nachm. (Ans. 2 Uhr.) Herr Pastor Greverus.

Der

# Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Erster Jahrgang.

Er erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagshandlung angenommen.

## Landtagsverhandlungen.

November 24.

Auf der Tagesordnung stand die Berathung des Entwurfs einer Ablösungsordnung. Ohne eine allgemeine Discussion ging man sogleich zur Berathung der einzelnen Artikel über. Berichterstatter war Wibel I., der zuerst darauf hinwies, wie die Versammlung sich während der bisherigen Verhandlungen in einer etwas unbehaglichen Lage wegen der in Frage gekommenen äußern Politik befunden habe; heute werde sie in freudiger Stimmung berathen, denn es handle sich um ein Gesetz, welches, wie keines (wenn nicht etwa wie das Entschädigungsgesetz und eine Gemeindeordnung), das innere Wohl des Landes zu fördern bestimmt sei.

Artikel 1 wurde angenommen, daneben jedoch auch der Antrag des Ausschusses, die Staatsregierung um Vorlage eines Gesetzes zu ersuchen, wodurch bestimmt werde, was steuerlicher Natur, also nicht ablösbar, was aber der Ablösungsordnung unterworfen sein solle. Außerdem erklärte sich der Landtag auf Antrag des Abgeordneten Reiners mit dem im Ausschussberichte über die Ablösbarkeit der Ordnärgefälle Angeführten ausdrücklich einverstanden; ferner auf Antrag des Abg. Strackerjan mit der vom Berichterstatter geäußerten Ansicht, daß die an den Staat zu zahlenden Erbpachten und Grundheuern auch ablösbar seien.

Bei Art. 2 kam das wichtige Prinzip zur Erörterung: ob nur der Verpflichtete oder auch der Berechtigte die Befugniß der Ablösung zu verlangen haben solle. Den Streit darüber wollte der Abg. Tappenbeck mit der geistreichen Bemerkung abschneiden, daß im Staatsgrundgesetz

alle Lasten für ablösbar erklärt seien, und Ablösen heiße nur, daß der Verpflichtete die Ablösung verlangen könne. Der Abg. Dannenberg suchte dasselbe zwar noch besser zu begründen, aber überzeugen konnten seine Worte schwerlich. Nicht seiner überzeugenden Kraft, sondern weil ohnehin unser Landtag noch nicht eben geneigt ist, dem Berechtigten irgend gleiche Rechte mit dem Verpflichteten einzuräumen, wurde dann auch der Antrag des Ausschusses, wonach die Worte: „der Berechtigte sowohl wie“ in Art. 2 §. 1 gestrichen werden, angenommen.

Dadurch war nun freilich eine Bestimmung nöthig für die Fälle, welche die Motive zum Entwurfe pag. 37 anführen. Der Abg. v. Finckh formulirte dieselbe gewiß richtig, aber Wibel'sche Anträge finden von vornherein mehr Anklang, als v. Finckh'sche, und wurde deshalb der Satz angenommen.

Mehrere Verpflichtete, deren Leistung eine untrennbar gemeinsame (!!) ist, können nur gemeinsam die Ablösung verlangen, wenn nicht der Berechtigte einwilligt, daß ein oder mehrere Verpflichtete allein ablösen.

Zu dem §. 3 dieses Artikels waren viele Amendements eingereicht; es wurde aber nach einiger Discussion der ganze Paragraph für wegfällig erklärt — da dies nach der Abstimmung zu §. 1 von selbst folgte.

Zu Art. 3 wurden noch Mühlenleichtschiöldienste und Dienste, worüber Prozeß entstanden ist, hinzugefügt. Der Abg. Mölling machte einen schwachen Versuch, eine neue demokratische Verjährungsfrist von 20 Jahren einzuführen; diese Idee fand aber diesmal keine Unterstützung.

Der Art. 4 wurde mit einer Redaktionsänderung angenommen; der Beschluß über Art. 5 ausgesetzt, weil der Ausschuss noch über einige hierher gehörende Petitionen berichten sollte; Art. 5, 6, 7 blieben ohne Aenderung;